

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 30. September 1922

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M., die fünfgespaltene Zeile; Anz., Verkauf- und alle sonstigen Reichsanzeigen 30 M., Zahll. nicht nicht anmährl.

Nr. 114

Vorländerkonferenz der Maschinen-seher

Am 2. und 3. September tagte im „Gewerkschaftshaus“ in Berlin die Vorländerkonferenz der Zentralkommission der Maschinen-seher Deutschlands angeschlossener Vereine. Bei Beginn der Tagung am Sonnabend, dem 2. September, wurde die Anwesenheit der Vorstehenden folgender 22 Gauen festgestellt: Bayern: Joseph Lips; Brandenburg: R. Braun; Dresden: Hermann Müller; Erzgebirge-Vogtland: Emil Hoppe; Frankfurt-Sachsen: C. Domine; Hamburg: C. Zimmermann; Hannover: Dannert; Leipzig: Richter; Mecklenburg-Vorpommern: Diedrich; Mittelrhein: Breiling; Bremen: Boumann; Ober- und Niederdeutschland: Hermann Müller (Greifswald i. Pr.); Karlsruhe: Joseph Ehrenreich; Dergau: Richard Dolle; Thüringen: Wilhelm; Ostpreußen: C. Gub; Rheinland-Westfalen: Sibrod; An der Saale: W. Winter; Schlesien: F. Birnbach; Schleswig-Holstein: Jean Cohen; Danziger Maschinen-seherverein: M. Pabke; Württemberg: Schröder. Der Verbandsvorstand war durch die Kollegen Krauß und Niesebeck, der Berliner Gewerkschaft durch die Kollegen R. W. Brecht und Huber vertreten. Von den übrigen Sparten nahmen die Kollegen Dörband, Grams und A. W. Schmidt teil. Als ausländischer Vertreter war der Vorstehende der Zentralkommission der dänischen Maschinen-seher, Kollege Alb. Jensen, anwesend. Die angemeldeten Vertreter der Schweizer Zentralkommission der Maschinen-seher, die ihre Teilnahme zugesagt hatten, waren nicht erschienen. Außerdem war die gesamte Zentralkommission anwesend.

Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäftliches und Wahlmodus zur Zentralkommission; 2. Kasienbericht; 3. Tarifliches; 4. Aussprache über die „Technischen Mitteilungen“; 5. Remuneration der Zentralkommission; 6. Verschiedenes.

Mit dem Hinweis auf die reichhaltige Tagesordnung wurde die Konferenz durch den ersten Vorstehenden der Zentralkommission, Kollegen A. Lehmpuhl, eröffnet. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen wurde der verstorbenen Kollegen D. Gub und D. Wurl in ehrenden Worten gedacht. Zum Geschäftsbericht führte Kollege Lehmpuhl folgendes aus: Unsere Konferenz tagt zu einer Zeit, wo es den Anschein hat, als beginne eine Krise im Buchdruckgewerbe. Die Gesamtarbeiterschaft sieht unter dem Druck, der in Gestalt der fast unerschwinglichen Preise für die notwendigen Bedarfsartikel auf ihr lastet. Und ganz besonders haben die Buchdruckergehilfen zu leiden, indem der Lohn des Buchdruckers in gar keinem Verhältnis zu den heutigen Preisen steht. Während auf der einen Seite der Buchdruckunternehmer dauernd neue Maschinen anschafft, enthält er den Gehilfen auf der anderen Seite den Lohn vor, der notwendig ist, um nur das nackte Leben fristen zu können. Seit der letzten Vorländerkonferenz ist gerade ein halbes Jahr verstrichen, und in dieser Zeit hat die Zentralkommission ein bedeutendes Stück Arbeit geleistet. Ersterwähnt wurde die Arbeit allerdings sehr durch eine dauernde Geldentwertung, und in allen Sitzungen der Zentralkommission mußte gerechnet werden, ob es auch noch möglich ist, die nächste Nummer des „K. M.“ drucken zu lassen. Wir haben es möglich gemacht durch Ersparnisse auf anderen Gebieten. Erst vom 1. Juli ab haben wir die Beiträge erhöht, deren Auswirkung erst im November zu überleben ist, und bis dahin sind natürlich auch diese Beiträge wieder überholt. Das letzte halbe Jahr hat uns in unseren Zuschlägen in gelblicher Beziehung eine Erhöhung gebracht, und zwar sind die M.-S.-Zuschläge von 30, 35 und 40 M. auf 100, 115 und 130 M. gestiegen. In prozentualer Beziehung sind wir natürlich ganz gehörig abgefallen, denn selbst, nach dem 1. September, beträgt unser Zuschlag nur noch etwa 5 Proz. Wenn wir trotzdem den Kollegen empfehlen, Ruhe zu halten, so darum, weil die Tarifverneuerung vor der Tür steht und wir natürlich bestimmt damit rechnen, daß im neuen Tarif ein Prozentfuß für uns Maschinen-seher festgelegt wird, so daß das jedesmalige Feilschen bei den Lohnverhandlungen fortfällt. Es ist aber auch unbedingt notwendig, schon im Interesse unserer Handwerkerkollegen, daß der Lohn der Maschinen-seher einer bedeutenden Erhöhung bedarf, denn unter der fortwährenden Neuaufstellung von Sehmäshinzen leiden in erster Linie die Kollegen vom Kasien- und allein aus diesem Grunde schon ist es notwendig, den Maschinen-seher höher zu bewerten. Andererseits soll aber auch der Arbeiter teilnehmen an dem Gewinne, den der Unternehmer an der Ausnutzung der Maschine erzielt.

Redner ging dann noch eingehend auf die Mängel einzelner Unternehmerrkreise ein, die in einzelnen Kreisen ihren Kollegen hohe Konzentrationstrafen auferlegen für den Fall, daß sie ihren Maschinen-sehern Lohn-erhöhungen gewähren. Dieser Druck erzeugt natürlich auf Gehilfen Seite Gegenwehr. Und so ist es nur zur gut zu verstehen; wenn in einzelnen Orten die Maschinen-seher zu Gegenmaßnahmen griffen.

Nachdem der Vorstehende noch verschiedene interne Angelegenheiten, die nächste Tarifverneuerung betreffend, behandelt, stellte er den Geschäftsbericht zur Diskussion, mit dem Hinweis, diesen einer gerechten Kritik zu unterziehen.

Sodann gab Kollege Heintze den Kasienbericht. Er verwies auf die jedem Teilnehmer gedruckt vorliegende Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben in den verflochten acht Monaten. Wegen der sich von Monat zu Monat steigenden Ausgaben infolge der Marktentwertung und Papierpreiserhöhung habe sich die Zentralkommission veranlaßt gesehen, ab 1. Juli den Beitrag auf 2 M. zu erhöhen; für die Folge werde diese Erhöhung auch nicht genügen, denn hinzu kämen noch die letzten Kongreßkosten und die für Herstellung der „K. M.“, Druckkosten sowie für sonstiges erforderlichen Beträge. Er schloß deshalb einen Ertragsbeitrag von 10 M. pro Mitglied vor, der noch in diesem Quartal zu erheben sei. Des weiteren seien die Beiträge beweglich zu gestalten und die Forderung der Zentralkommission zu überlassen, die größte Sparlichkeit übe. Auch sei es in Zukunft nicht mehr angängig, daß die Zentralkommission die Kosten für von den Gauen gewünschte Referate allein trage, wie dies bis jetzt üblich war. Ferner ersuchte der Redner die Konzentrationstrafen, sich über die von den Vereinen zu zahlenden Beträge für die neuangefertigten Mitglieds-bücher zu äußern.

In der nun einsetzenden Aussprache wurde der Zentralkommission für die geleistete Arbeit volle Anerkennung ausgesprochen; eine Änderung im Wahlmodus wurde nicht gewünscht. Man sprach sich dafür aus, daß Gauen, die Referenten wünschen, auch zu den Kosten beitragen sollen. Von von seiten des Verbandes in Aussicht gestellten Zuschuß für Bildungsbefreiungen der Sparten solle man zum Ausbau der „K. M.“ und zur Anschaffung technischer Vorträge verwenden. Die Mehrzahl der Redner war gegen die Erhebung eines Ertragsbeitrags, jedoch traf man allgemein für Erhöhung des ordentlichen Monatsbeitrags ein, und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober. Ebenso wurde der Zentralkommission das Recht der späteren Beitragsverhöhung zugesprochen, dabei aber gewünscht, die Erhöhung rechtzeitig bekanntzugeben. Mehrere Anträge, die einen monatlichen Beitrag von 3 resp. 4 M. forderten, lagen vor. Die Abstimmung über diesen Punkt wurde vorläufig zurückgestellt.

Der Vorstehende stellte mit Befriedigung fest, daß die Vertreter alle Gauen ohne Ausnahme der Zentralkommission ihr Vertrauen ausgesprochen haben; er dankte hierfür im Namen der übrigen Mitglieder der Zentralkommission. Der vorgelagerten Zeit wegen wurde die Tagung abgebrochen und die Fortsetzung auf Sonntag 8½ Uhr angesetzt.

Am 3. September um 9 Uhr vormittags berietete zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Tarifliches“, Kollege A. Reichner über die zur bevorstehenden Tarifrevision eingereichten Anträge. Eingangs seiner Ausführungen erwähnte er die große Erregung, in der sich die Maschinen-seher befinden, und die nicht selten in geharnischten Zuschritten an die Zentralkommission sich Luft mache. Leider sei diese Erregung nur zu berechtigt. Herrsche doch schon allgemein unter der Kollegenschaft große Anzweiflung über die unzulänglichen Löhne, um so verständlicher sei die Erregung der Maschinen-seher. Die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen im Vergleich zur Vorkriegszeit sei eine ganz ungeheure. Zur Verabfolgung des Grundlohns komme noch die Kürzung der Leistungszufolge von 25 auf 5 Proz. und die Gleichstellung in der Arbeitszeit hinzu. Die Zentralkommission habe ihr möglichstes getan, um hier Besserung zu schaffen, aber alle Bemühungen waren vergeblich. Daß die Löhne im Buchdruckgewerbe allgemein zu niedrig seien, würde sogar von bürgerlichen Zeitungen rüchlos ausgegeben. So schrieb der „Berliner Botschafter“ in seiner Nr. 407 vom 31. August d. S.:

Die Durchschnittskosten der Lebenshaltung, durch Kesse der Zwangsbestimmungen herabgedrückt (und verschleiert) betragen im August mindestens das Hundertfache der entsprechenden Aufwendungen vor dem Krieg. Lebensmittel kosten das Hundertfünzigfache,

Aufwendungen für das Zweif- bis Dreihundertfache, „Wahlfahrten“ ältere das Fünfhundertfache. Die neubewilligten Arbeiterlöhne betragen durchschnittlich das Hundertfache der früheren, stellenweise mehr. Am nächsten Tag, in Nr. 409, aber muß er sich selbst be-rechtigen wie folgt:

„Damit sich aber niemand überschätzt fühle, stellen wir zur Ergänzung gern fest, daß der Seherlohn auf den verschiedenen Stufen in der ersten Septemberhälfte nur das Fünftel bis Sechstel der ursprünglichen Vorkriegsmindestlöhne beträgt.“

Nach der genannten Zeitung betragen also die Kosten der Lebenshaltung im August im Durchschnitt mindestens das Hundertfache, die Seherlöhne aber erst im September über das 50 bis 60fache. Hinzu komme aber noch, daß die Maschinen-seher in der Vorkriegszeit in der Regel mit 10 bis 20 Proz. über den tariflichen Mindestlohn hinaus bezahlt wurden. Auch diese Höherentlohnung sei durch die Forderung gleicher Teuerungszulagen verloren gegangen. Könnten die Teuerungszulagen prozentual auf den jeweiligen Lohn des einzelnen gelegt werden, so würde damit schon ein erheblicher Teil von Anzweiflung beseitigt werden. Durch diese unzureichende Entlohnung müsse ja alle Berufsfruchtbarkeit verloren gehen. Eine Folge davon sei, daß gerade die besten Kräfte im Buchdruckgewerbe ihrem Beruf den Rücken kehren, weil sie in anderen Erwerbszweigen besser bezahlt würden. Zum Vergleich des Maschinen-seherzuschlags mit dem anderer Länder deutscher Zunge führte Redner an: Deutschland mit 20, Österreich mit 15, die Schweiz mit 14 Proz. In Kongreßprotokollen betrage der Zuschlag sogar 40 Proz. Dazu komme noch die vielfach erheblich kürzere Arbeitszeit. Zentralkommission und Verbandsvorstand haben die Sparten verpflichtet, sich zur Durchführung ihrer Forderungen nur legaler Mittel zu bedienen. Das heißt ein energisches Eintreten der Organisation für die berechtigten Forderungen auch der Maschinen-seher voraus. Bilden doch die verschlechterten Arbeitsbedingungen der Maschinen-seher auch eine Gefahr für die Organisation und namentlich für die Handwerker, indem sie zur Aufstellung von Sehmäshinzen geradezu anreizen und dadurch immer mehr Arbeitskräfte entziehen. In der Schweiz, z. B. habe sich seit Einführung der Sehmäshinzen das Verhältnis zwischen beschäftigten Sehern (Sand- und Maschinen-seher) und Druckern von 6,5:1 auf 2:1 verschoben. Sollte die kommende Tarifrevision ein weiteres Glied in der Kette der Enttäuschungen für die Maschinen-seher sein, so würden diese es wahrscheinlich vorziehen, sich wieder an den Kasien zu stellen, als unter solchen Bedingungen wie zur Zeit an der Sehmäshinze zu arbeiten. Die Anträge zur Tarifrevision, welche gedruckt vorlagen, sind fristgemäß eingereicht worden.

In der Diskussion brachten fast sämtliche Redner zum Ausdruck, daß es ihnen nur mit dem Hinweis auf die bevorstehende Tarifrevision gelungen sei, die Ruhe unter den Kollegen aufrechtzuerhalten. Einmütig wurde vom Verbandsvorstand wie von den Gehilfenvertretern gefordert, mit größerem Nachdruck als bisher für die berechtigten Forderungen der Maschinen-seher einzutreten. Die Kollegen Niesebeck und Krauß vom Verbandsvorstand führten u. a. aus, daß den Forderungen der Maschinen-seher die Berechtigung nicht abzuspochen sei, daß Verbandsvorstand wie Gehilfenvertreter auch stets dafür und auch mit Erfolg eingestehen seien. Wenn trotzdem das Ergebnis hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei, so liege das im wesentlichen daran, daß es die Organisation als ihre Hauptaufgabe betrachten müsse, die große wirtschaftliche Not der allgemeinen Kollegenschaft nach Möglichkeit zu mildern.

Aus den Ausführungen der weiteren Redner ging hervor, daß die Kollegen im Reich die hier gestellten Anträge zur Tarifrevision als notwendig bezeichnen. Die Anträge aus allen Gauen fordern, daß man unbedingt an eine Verkürzung der Arbeitszeit und an dem 25-prozentigen Zuschlag festhalte. Weiter wurde gefordert, den Experten bei den Tarifberatungen Stimmrecht zu erteilen. Von allen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die berechtigte Erregung unter den Maschinen-sehern darauf zurückzuführen sei, daß bei allen statgefundenen Lohnverhandlungen die Forderung auf Erhöhung des Zuschlags sehr wenig Beachtung gefunden habe. Die von der Zentralkommission zur Tarifberatung zusammengestellten Anträge wurden en bloc angenommen. Nachdem noch die Vertreter des Verbandsvorstandes und der übrigen Sparten ihre Meinung zum Ausdruck gebracht hatten, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die Vorarbeiten des Ausschusses stellt sich auf den Standpunkt, daß angelehnt der heutigen unsicheren Berufs- und Lebensverhältnisse der Zentralkommission keine bindenden Beschlüsse zur Neuregelung des Tariffs auf den Weg gegeben werden können, sondern spricht der Zentralkommission das Vertrauen aus, daß die gestellten Anträge durchgedrückt und zur gegebenen Zeit die eventuell notwendigen Maßnahmen getroffen werden.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte trat die Mittagspause ein. Nach der Pause wurde die Sitzung durch den zweiten Vorsitzenden eröffnet. Zu dem Punkte: „Ausdrucksüber die Technischen Mitteilungen“ machte der Schriftleiter derselben, Kollege H. Krüger, folgende Ausführungen: Die Ausdrucksüber die Technischen und Vollenberichte habe bereits ergeben, daß man von einer Änderung in der Erscheinungsweise der „Z. M.“ nichts wissen wolle, auch eine Einschränkung des Umfangs nicht wünsche. Der Redner wandte sich gegen die vorgeschlagene Aufnahme von Artikeln organisatorischen Inhalts, desgleichen auch gegen die Aufnahme von Entwürfen. Die Aufgabe sei fast Übernahme der Arbeit der jetzigen Zentralkommission vor anderthalb Jahren von 6200 und 7800 gestiegen. In Anbetracht der Verteuerung des Papiers und der Schreibmaterialien mache er den Vorschlag, das Mitarbeiterhonorar von 10 Pf. auf 30 Pf. für die Zeile zu erhöhen. Allseitig wurde anerkannt, daß die „Z. M.“ sehr gut geleitet ist; da sie in vielen Provinzbezirken infolge der hohen Fahrkosten, die für den Verlagsbesuch aufgewendet werden müssen, das einzige Bindesblatt unter der Kollegenchaft darstellen, solle man Umfang und Inhalt in der jetzigen Form bestehen lassen. Der Erhöhung der Mitarbeiterhonorare auf 30 Pf. pro Zeile wurde zugestimmt.

Die der Zentralkommission zustehende Remuneration für das verlossene Jahr wurde verdoppelt und das Sitzungsgeld verdreifacht. Die zurückgestellte Abstimmung über die Beitragserhöhung ergab die Annahme des Antrags, den Beitrag auf 4 M. ab 1. Oktober festzusetzen und der Zentralkommission das Recht zuzuerkennen, ab 1. Januar nach Bedarf eine eventuelle weitere Beitragserhöhung vorzunehmen. Es wurde beschlossen, daß die jetzige Zentralkommission bis zum Januar nächsten Jahres amliere. Die Statistik, welche bisher halbjährlich aufgenommen wurde, soll von jetzt ab jährlich aufgenommen und im Jahresberichte der Zentralkommission mit der Restantenliste veröffentlicht werden. Im Raum zu sparen und die Hosten für den Jahresbericht herabzusetzen, wurde gewünscht, die Jahresberichte der einzelnen Vereinigungen fortzulassen. Dem Antrage der Dillinger Kollegen, sich an Stelle anzuschließen, trat die Konferenz bei.

In seiner Schlussrede stellte der Vorsitzende fest, daß die Konferenz Erprobendes geleistet hat; er dankte allen Kollegen und Gästen im Namen der Zentralkommission. In der Erwartung, daß unsere Wünsche in Erfüllung gehen mögen, schloß er die Konferenz, allen eine glückliche Heimreise wünschend. R. E.

Vorstandskonferenz der Schriftleiter am 17. und 18. September 1922

In einer Konferenz der Vorstände der deutschen Schriftleiterarbeiter in Berlin nahmen die gesamte Zentralkommission, die Vorsitzenden der einzelnen Gesellschaften, der Verbandsvorsitzende und der Berliner Gauleiter des Hilfsarbeiterverbandes sowie ein Vertreter vom Metallarbeiterverband teil. Die Konferenz war notwendig, um nochmals zu dem zum Ablaufe des jetzt geltenden Lohnabkommens gestellten Anträgen und zur Situation im Gewerbe Stellung zu nehmen.

Ein von Frankfur a. M. an fast alle Gesellschaften versandtes Mißtrauensvotum gegen die Zentralkommission fand eingehende Erörterung. Nach längerer Aussprache wurde festgestellt, daß die Auffassung der Frankfurter Kollegen eine vollständig irrige war, was durch folgende, mit allen gegen zwei Stimmen angenommene Resolution zum Ausdruck kam: „Die heute anwesenden Vertreter aller Gesellschaften Deutschlands können dem von der Frankfurter Kollegenchaft ausgesprochenen Mißtrauen nicht zustimmen. Sie sind im Gegenteil überzeugt, daß die Zentralkommission alles getan hat, was im Interesse der Mitgliebstalten liegt. Daher sprechen die Vertreter der Zentralkommission ihr vollstes Vertrauen aus.“

Zu den gestellten Anträgen zur Tarifausgleichung wurde nach erfolgter Aussprache der Beschluß gefaßt, die Bindung mit dem Buchdruckerlohnabkommen beizubehalten. Man einigte sich auf folgende Anträge: 1. Erhöhung des Differenzlohns zwischen Buchdruckern und Schriftleitern von 9 auf 15 Proz. 2. Dabiger Differenzlohn ist auch den Beibringen zu bewilligen. 3. Die zu gewährenden Zulage ist dem Akkordarbeiter auf den Grundlohn zu legen. 4. Gleichstellung aller Gesellschaften hinsichtlich des Mindestlohns. 5. Erhöhung der Stellung bei den Arbeiterinnen (S. 21, Nr. 9 des D. R.-Z.) auf 1,50 M. 6. Die zu beschließende Zulage ist ab 5. September zu bezahlen. 7. Entschädigung des Fahrgeldes von und zur Arbeitsstätte. 8. Bis zur Errechnung der Feuerungszulage ist eine à conto-Zahlung zu gewähren. 9. Die ab 16. August bewilligten Zulagen sind ab 2. August zu bezahlen.

Der Kassierer gab sodann die Abrechnung über den Frankfurter Streik bekannt und zugleich einen Bericht über die Klassenverhältnisse der Zentralkommission. Er stellte den Antrag, den wöchentlichen Beitrag an die Zentralkommission auf 1 M. zu erhöhen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen; der erhöhte Beitrag tritt am 1. Oktober in Kraft. Eine längere Aussprache führte die Entscheidung zum Industrieverbande herbei. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 17. September tagende Vorstandskonferenz aller in Schriftleiter-

zeilen und Metallindustrialfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erklärt nach eingehender Aussprache über den Wert der Industrieverbände, daß bei Schaffung eines graphischen Industrieverbandes unter allen Umständen die reifliche Überführung der in Schriftleiterzeilen und Metallindustrialfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in denselben erfolgt.“

Im Hinblick auf die anschließende Tarifausgleichung und Tarifamtsbildung wurde noch zu verschiedenen tariflichen Fragen Stellung genommen, u. a. auch zu dem Streik bei der Firma Scheller & Gieseler in Leipzig. Und zum Schluß wurde noch auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Kollegen im eignen Interesse vor Annahme von Stellung im Ausland unter allen Umständen die der Zentralkommission (H. Glöckmann, Berlin SW 29, Jossener Straße 15) Erkundigungen einzulegen sollen. Berlin. A. V.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Bremen. (Maschinenleher.) In der Versammlung am 10. September erstattete Vorsitzender Boumann Bericht von der Vorstandskonferenz. In Verbindung mit einer Betrachtung über die augenblickliche gewerbliche Lage begründete der Vortragende die Beschlüsse der Konferenz, die dann auch von der Versammlung aufgegeben wurden. Auch die Verdropfung des Beitrags für die Zentralkommission (and volles Einverständnis der Versammlung. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde der Beitrag für die Gauvereinskasse ebenfalls verdoppelt; er beträgt ab 1. Oktober 10 M. monatlich. Weiterhin wurden noch einige lokale Angelegenheiten erledigt. Unter anderem machte Vorsitzender die Mitteilung, daß auch im kommenden Winter allmonatlich Versammlungen stattfinden sollen, doch soll wegen der hohen Getränkepreise ein „Trinkwassergeld“ Versammlungslokal ausfindig gemacht werden. Die regelmäßigen Versammlungsbesucher werden diese Maßnahme freudig begrüßen und den Versammlungsschwänzern ist ein Grund für ihr Fernbleiben genommen.

M. Düsseldorf. Am 28. August fand eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, die den Bericht des Vorstandes über eine Verhandlung mit der Prinzipalität entgegenzunehmen hatte. In dieser Verhandlung wurde von Beifallsseite ein Ausgleich für die in letzter Zeit ins Angehörliche gestiegenen Lebenshaltungskosten verlangt; jedoch wurde von der Gegenseite nur angeboten, die ab 1. September fällige Rate schon eine Woche früher zur Auszahlung zu bringen, wodurch die Kollegen je nach Lohnschluß 4-6 Tage früher in den Genuß der neuen Zulage kommen. Am 9. September fand eine Ortsvereinsversammlung statt, die zum großen Teil örtliche Angelegenheiten zu erledigen hatte. Der örtliche Rat hat jedoch nicht den Bericht des Vorstandes hinsichtlich der über die Kreisamtsstellung und die Parteiführer-Vorgänge am Ort etc. Beschlüsse der Kreisamtsstelle, den Prinzipal und Hilfsarbeitern einen Beitrag bis zum Höchstbetrage von 600 M. gestiftet zu bezahlen. In dem Beschlusse war vorgesehen, daß örtliche oder betriebsweise Bewilligungen, welche für die beiden kommenden Wochen (also nach dem 1. September) vereinbart waren, in Anrechnung gebracht werden müssen. Nachdem der Wortlaut des Kreisamtlichen Beschlusses protokolliert wurde, wählten sich die Düsseldorf-Prinzipale, zwei erst nach dem telephonischen Verbot durch ihren Oberbaurat Richard Vogl, die beschlossenen 600 M. zur Auszahlung zu bringen, trotzdem nach dem klaren Wortlaute des Kreisamtbeschlusses eine Anrechnung für Düsseldorf nicht in Frage kommen konnte, da die örtliche Abmachung sich auf die Zeit vor dem 1. September erstreckte. Dieses schäbige Verhalten der Düsseldorf-Prinzipale löste heftigste Empörung in der Versammlung aus. Wenn es trotzdem gelang, die Kollegen zum vorläufigen Ablassen zu bringen, so lag es daran, daß beschlossen wurde, sofort die Angelegenheit auf dem Instanzenwege entscheiden zu lassen. Inzwischen hat die Prinzipalität wieder einen neuen Beweis dafür geliefert, wie sie Treu und Glauben ansieht. Nachdem man den klaren Wortlaut des Kreisamtbeschlusses nicht mehr wegschlagen konnte, wodurch die Düsseldorf-Prinzipale moralisch und juristisch mit ihrem Anspruch im Recht waren, geht man dazu über, eigenmächtig den Beschluß abzuändern und statt 1. September alle Zulagen anrechnungsfähig zu erklären, welche ab 21. August gewährt wurden. Dieses neue Seldentum der zur Sabotage des Kreisamtbeschlusses in Köln zusammengewinkelten Prinzipalsfunktionäre des Kreises II verdient die Achtung, welche einer vorübergehenden Gesellschaft zukommt.

Stuttgart. Die Versammlung am 6. September war fast langer Zeit die erste, die sich nicht mit Feuerungszulagen zu befassen hatte, sondern andre gewerkschaftliche Aufgaben erfüllte. Der Besuch war nicht so zahlreich wie sonst. Dem verstorbenen Arbeiterführer S. Wieg, der am Tage seiner 56jährigen Verbandsmitgliedenschaft verstarb, widmete Kollege S. Klein einen warmen Nachruf. Sein Wirken für die deutsche Arbeiterchaft wurde bereits im „Storr.“ gewürdigt. Einem weiteren verstorbenen Verbandsveteranen, des Kollegen Schneyf (Münster), der vor Jahren eine angesehenere Rolle im kollegialen und besonders im gesellschaftlichen Leben unserer Mitgliebschaft spielte, wurde ehrend gedacht. Neben geschäftlichen Mitteilungen berichtete Kollege Klein über die augenblickliche berufliche und wirtschaftliche Lage am Ort und im ganzen Zollgebiet. In der anschließenden Debatte kritisierte ein Kollege die Arbeit des Vorstandes,

bleib aber mit seiner Kritik allein und wurde treffend beantwortet. Ein Antrag, mit Rücksicht auf das Anwachsen der Arbeitslosigkeit regelmäßige Überstunden zur Verfügung, fand Annahme. Für die Wahl zum Gauvorstand wurden 14 Kandidaten aufgestellt. Die Reihenfolge bestimmt das Los. Einen wohlüberdachten Vortrag über „Wirtschaftliche Zeitfragen“ hielt der örtliche Hauptvorsitzende Eggert vom Deutschen Metallarbeiterverband. Den Kollegen wurde die inneren Zusammenhänge wirtschaftlicher und außerpolitischer Tagesfragen vor Augen geführt. Er stellte die Behauptung unter Beweis, daß sämtliche kulturell gleichstehenden Völker aufeinander angewiesen sind, und wie nötig ein Güterausgleich der mit Kulturgütern ungleich gelegenen Länder ist. Sodann schilderte er die Stellung der deutschen Wirtschaft innerhalb der Weltwirtschaft und die schwerwiegenden Störungen der gesamten Weltproduktion, die es verschuldet, daß z. B. an einem Ende unserer Erde Millionen Menschen hungern und am andern Getreide als Feuerungsmaterial verwendet wird. Der Referent verlangte als erste notwendige Voraussetzung zur Besserung dieses Zustandes die Freue der deutschen Arbeiterchaft zur republikanischen Staatsform und die Ausschaltung des Kasses aus den wirtschaftlichen Beziehungen der Völker. Von der deutschen Arbeiterchaft müsse aber auch verlangt werden, daß sie innenpolitisch ganz eindeutig und ohne alle Nebenabsichten geschlossen für ihre Forderungen einstehe: scharfsten Kampf gegen Wucher und Teuerung und für gerechtere Verteilung der Volkslasten! Eindringlich forderte er die Einigung der deutschen Arbeiterchaft. Ein oppositioneller Redner verurteilte die Beweisführung des Referenten in längeren Ausführungen zu widerlegen und entwickelte unter steigendem Widerspruch der Versammlung sein kommunistisches Programm. Am Schluß wurde ein Antrag, der die Haltung der Buchdrucker im Gewerkschaftskampf verurteilt, mit allen gegen sechs Stimmen abgelehnt und ein Gegenantrag: „Die Versammlung stellt sich hinter die Forderungen des DGBZ. und fordert, alle Kräfte zu mobilisieren, um dieselben durchzusetzen“, einstimmig angenommen.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Faktorengelöhner für September. Gemäß den neuen Feuerungszulagen für die Beifallschaft erhalten auch die Faktoren auf Grund ihres Reichstatts diese Zulagen zusätzlich des Funktionszuschlags ab 17. September. Für den Monat September kommen daher auf das bisherige Mindestgehalt noch folgende Beträge hinzu:

Zulageaufschlag Proz.	In Gruppe			Zulageaufschlag Proz.	In Gruppe		
	A	B	C		A	B	C
0	1710	1645	1515	15	1945	1870	1720
2 1/2	1750	1680	1545	17 1/2	1985	1910	1755
5	1790	1720	1585	20	2025	1950	1790
7 1/2	1825	1755	1615	25	2105	2025	1840
10	1865	1795	1650	Hamburg	2105	2025	1880
12 1/2	1905	1835	1685	Berlin	2105	2025	1920

Für den Monat September gelten hiernach folgende Mindestgehälter:

Zulageaufschlag Proz.	In Gruppe			Zulageaufschlag Proz.	In Gruppe		
	A	B	C		A	B	C
0	12100	11625	10620	15	13895	13265	12105
2 1/2	12445	11875	10840	17 1/2	14185	13540	12355
5	12745	12160	11100	20	14480	13810	12610
7 1/2	13025	12430	11345	25	14970	14285	13030
10	13310	12700	11600	Hamburg	15275	14575	13360
12 1/2	13610	12985	11850	Berlin	15275	14575	13760

Eine Berichtigung. 1. Es ist nicht wahr, daß die Firma Emil Gröblich in Hamm (Westfalen) eine Beteiligung an der von der Ortsgruppe Hamm des Bildungsverbandes zum Abschluß ihres Winterprogramms im Frühjahr 1921 veranstalteten Druckausstellung abgelehnt hat. Wahr ist vielmehr, daß wir im redaktionellen Teil unserer Zeitung „Westfälischer Anzeiger“ (nicht „Westfälisches Tageblatt“) auf die Veranstaltung hingewiesen haben und dieselbe in mehreren Nummern ausführlich besprochen haben. Damit nicht genug; wir haben uns auch bemüht, die Ausstellung zu unterstützen, und haben es erreicht, daß infolge unserer Vermittlung die Ausstellung seitens einer uns bekannten Firma reichlich besichtigt wurde. 2. Es ist nicht wahr, daß das im „Westfälischen Anzeiger“ erschienene Inserat ein Freiliterat war. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender: Als wir um einen Hinweis auf die Ausstellung im redaktionellen Teile des „Westfälischen Anzeigers“ gebeten wurden, haben wir sojald erklärt, daß wir grundsätzlich solche Hinweise nur veröffentlichten, wenn gleichzeitig ein Inserat zur Veröffentlichung vorliege. Ebenso haben wir betont, daß wir Freiliterats grundsätzlich nicht aufnehmen, daß aber dem Grundsatze genügt sei, wenn auch nur das kleinste Inserat aufgegeben würde. Als im späteren Verlaufe der Verhandlungen von Seiten des Betriebsrats darauf hingewiesen wurde, daß der „Westfälische Volksfreund“, ein anderer Zeitungsverlag am Platze, das Inserat kostenlos aufgenommen habe, wurde von uns die Niederhaltung der Kosten zugestimmt, falls sich diese Behauptung bewahrheitete. Auf eine entsprechende Anfrage erhielten wir aber die Antwort, daß der Besteller des Inserats, ein Angehöriger des „Westfälischen Volksfreundes“, das dortige Inserat längst bezahlt habe, ja daß der „Westfälische Volksfreund“ das Inserat nur nach Vorauszahlung der Kosten aufgenommen habe. 3. Es ist nicht wahr, daß die Firma Emil Gröblich es vorgezogen, den Vorstehenden grundlos bis aufs Blut zu peinigen. Wahr ist vielmehr, daß wir auf die Bezahlung unserer Forderung, trotz mehrfacher Mahnung, über ein Jahr (vom März 1921 bis Mai 1922) gewartet und die Angelegenheit unserm Anwalt erst übergeben haben, nach-

dem alle Versuche, die Sache in Güte zu regeln, fehlgeschlagen waren. Durch die Übertragung der Sache auf unsern Anwalt haben wir uns jeder Einwirkung auf den Gang des Prozesses begeben. Samstags (Westfalen), den 20. September 1922. Emil Griebisch, Buchdrucker und Zeitungsverleger. — Wir überlassen es unsern Lesern, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden, was nach vorliegender „Berichtsaussage“ in der in Nr. 107 enthaltenen Rundschau mit „Eine ganz noble Firma“ wahr oder nicht wahr ist.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer für Mittelfranken in Nürnberg bestand der Buchdrucker Konrad Schulz von Roth b. Nürnberg die Meisterprüfung.

Hilfsarbeiterstreik um Verkürzung der Arbeitszeit. In den Gerate gemischten Buchdruckerbetrieben (Steindruck und Buchdruck) traten die Hilfsarbeiter von etwa 14 Tagen in den Ausstand; wir haben das erst jetzt erfahren. Arbeiter und Arbeiterinnen wollen wöchentlich nicht wie bisher 43, sondern nur 47 Stunden arbeiten.

Sozialistische Buchdruckerbetriebe. Angesichts der Einigung beider sozialistischer Parteien dürften die Geschäftsberichte interessieren, die auf den die Einigung vorbereitenden Parteilagen der USV. zu Gera und der SPD. zu Augsburg gegeben wurden. Im ersten Falle heißt es u. a.: „Die USV. verfügt zur Zeit über 43 eigene Setzungen, einige Blätter, die weniger oft erscheinen, und eine Anzahl Zeitschriften. Sie besitzt in Deutschland 26 eigene Druckereien, zum Teil auch Grundstücke. Zwei Geschäfte mühen sich. Sie sind Opfer der gegenwärtigen Zeit geworden. Die Berliner und Apler Drucker konnten nicht mehr fortgeführt werden. In den Parteibetrieben sind beschäftigt 77 Redakteure, 224 kaufmännische Angestellte und 704 technische Angestellte (Buchdrucker usw.).“ In dem Berichte der SPD. wird dieser Punkt nicht so ausführlich behandelt. Es heißt hier u. a.: „Die Not der Presse droht zum Himmel. 139 Tageszeitungen besitzt die sozialdemokratische Partei. Die wenigen sozialdemokratischen Zeitungen, die eingegangen sind, sind durch andere ersetzt worden.“

Gegen monarchistische Amtsblätter. Gemäß eines Beschlusses des preussischen Landtags fordert der Justizminister alle preussischen Behörden und Verwaltungen auf, amtliche Bekanntmachungen den für die Veröffentlichung bestimmten Publikationsorganen zu entsenden, wenn diese Organe Zeltreue dienbar sind, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, und schließlich an deren Stelle amtliche Publikationsorgane zu schaffen.

Strafverfolgung von Notgeld ist genehmigungspflichtig. Die durch die kurzzeitige Geldentwertung eingetretene Knappheit an Zahlungsmitteln hat das Notgeld wieder zu Ehren gebracht. Eine größere Anzahl Städte hat bereits wieder nach Genehmigung durch ihren Reichsfinanzminister alles eingesamlete Notgeld wieder ausgegeben oder neues drucken lassen und zur Ausgabe gebracht. Auch Bankchecks sind als Zahlungsmittel zugelassen und geben aus einer Hand in die andere. Von Reichs wegen wird ebenfalls der Zahlungsmitteln auf alle mögliche Weise bekämpft. Wie die Tagespresse meldet, wird jetzt ein Hilfsbundermarktschein herausgebracht, und zu besserer Bekämpfung der Bargelot sind eine Anzahl Provinzdruckereien zum Notendruck herangezogen worden. Die Genehmigung der Ausgabe von Notgeld, Guldenscheinen und dergleichen durch den Reichsfinanzminister wird an die Bedingung geknüpft, daß die Stellen, die die Genehmigung erhalten, nach Maßgabe des Umlages der Ausgabe und nach Abzug der nachgewiesenen Herstellungskosten einen den Gegenwert darstellenden Betrag an die Reichsdruckerei, G. m. b. H., Berlin auf ein zinstragendes Sperrkonto unter näher festzulegenden Bedingungen abführen. Wer gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Juli 1922 verstößt, macht sich strafbar.

Kranken- und Unfallversicherungspflicht der Angestellten. Wie in Nr. 105 unter „Rundschau“ berichtet, hatte der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten erst beschlossen, für alle Reichsversicherungsarten, also auch für die Krankenversicherung, die Versicherungspflicht für Gehaltsempfänger bis zu 300000 M. Jahresinkommen herauszusetzen. Dagegen hatte der Reichsrat Einspruch erhoben. Aber auch die Reichstagskommission hat sich für eine Erhöhung der Reichsrentenminister ersucht sie um Niedrigsetzung der Grenze, um mehr Privatrenten zu erhalten. Obwohl damit das Beste gegen die Not der Gehaltsempfänger erreicht werden sollte, wird von einer „möglichen Gesetzgebung“ gesprochen, die die Verwirklichung des Gesetzes unmöglich fördert. Der Ausschuss korrigierte seinen Beschluß trotz begründeten Widerspruchs der sozialistischen Fraktionen und der Reichsrat stimmte einer Grenze von 200000 M. zu. Den Ärzten war auch das noch zu hoch. Bei der Angestelltenversicherung und der Unfallversicherung ist die Grenze von 300000 M. beibehalten geblieben. Bei der Kranken- und Unfallversicherung besteht sich die Höchstgrenze nur auf Betriebsbeamte, Werkmeister (Faktoren), Handlungsgehilfen usw., überhaupt alle Personen, die Gehalt beziehen. Arbeiter stets versicherungspflichtig. Bei der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft gibt es besondere Bestimmungen. Hier ist eine Höchstgrenze für die genannten Personen schon seit Jahren jahresgemäß ausgeschlossen. Sie sind also in jedem Falle versicherungspflichtig.

Neue Röhre der Glüh- und Startomagnetenindustrie. Ein neues Lohnabkommen zum Reichstarif für die Glüh- und Startomagnetenindustrie ist am 8. September in Leipzig abgeschlossen worden. Vorher wurde vereinbart, daß die

ab 1. September zu zahlenden Röhre angesichts der Teuerung schon ab 25. August gezahlt werden. Je nach Alter, Berufsahre und Ortsklasse sind weitere folgende Lohnzulagen in zwei Raten ab 8. bis 21. September und 22. September bis 5. Oktober festgesetzt worden: Für Facharbeiter 8,30—21,50 bzw. 3,10—8,65 M., für Hilfsarbeiter 4,70—20,40 bzw. 1,65—8,25 M., für Facharbeiterinnen 3,50—12,80 bzw. 1,25—5,20 M., für Hilfsarbeiterinnen 3,50—12,85 bzw. 1,25—5,15 M. Für die Facharbeiter ergeben sich daraus in der höchsten Klasse pro Stunde in Ortsklasse Berlin I II III IV V VI Zulage ab 8. 9. 21,50 19,40 18,90 18,35 18.— 17,55 17.— ab 22. 8. 9. 62,25 62,45 60.— 57,70 55,40 53,25 51.— Zulage — 22. 8. 8,65 7,80 7,51 7,20 6,90 6,65 6,40 ab 22. 9. 77,90 70,25 67,50 64,80 62,35 60.— 57,40 Für Akkordarbeit sind weitere 50 bzw. 10 Proz. zu zahlen.

Wiederbeschaffungspreis ist Bucherpreis. Vereingelt wurde von Preisprüfungsstellen, dem Wünsche der Händler entsprechend, dahingehend entschieden, daß der Verkauf auf den Wiederbeschaffungskosten nicht als Bucher anzusehen sei. Das steht aber in kräftigstem Widerspruch mit den Anweisungen der Regierung und mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts, das letztmalig klipp und klar entschieden hat, daß bei der Preisprüfung von den Herstellungskosten oder den Rechnungspreisen auszugehen werden muß, zu denen Löhnen und sonstige Kosten sowie entsprechender Verdienst hinzugerechnet werden. Als Ausgleich für das Sinken des Marktwertes darf nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts höchstens ein Zuschlag in Rechnung gebracht werden, der dem Steigen der Indexziffer entspricht. Darüber hinausgehende Zuschläge nach dem Preisindex müssen daher nach wie vor als Bucher angesehen und bestrafbar werden. Alle Händler, die der rapiden Kurssteigerung des Dollars mit ihren Warenpreisen statt auf dem Fuße gelangt waren, haben sich strafbar gemacht. Leider fehlen aber immer noch zum größten Teile die Richter, die diese Gesetzesverstöße in kräftiger Weise zur Rechenschaft ziehen.

Kongress deutscher Mietvereinigungen in Kassel. Im Anschluß an die Mietertagung fand der zweite Kongress des Reichsverbandes deutscher Mietvereinigungen in Kassel statt. Hauptverhandlungsgegenstand war das Reichsmietengesetz, über dessen unterschiedliche Ausführungsbestimmungen der einzelnen Länder auch berichtet wurde. Sachlen und Erfahrungen werden danach dem Gesetz am meisten gerecht, während in der Hauptsache die Ausführungsbestimmungen von Hamburg, Mecklenburg und namentlich Thüringen nach den mieterfreundlichen Erklärungen der Vertreter auf offizielle Sabotage eingestellt sind. Zum Mieterschutzgesetz wurden die Mietereigentümer in kräftiger Referieren, während die Mieterbewegung sich auf die Bekanntheit ihrer dazu gefassten Beschlüsse beschränkten: 1. Zusammenziehung des Verfahrens vor eine Stelle, die schlicht, richtig und vollstreckt; 2. unbedingte Einziehung von Valenbestimmern in allen Instanzen; 3. beizuleistende, vereinbarte, auf Grund der Wahrheit abgeklärte Verfahren, nicht die häufige, unzureichende alle Zivilprozessordnung; 4. Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle mit Valenbestimmern unter Einwirkung auf einseitige Rechtsgrundlagen. Unter anderem wurde auch ein unterlegtes, wenig durchdachtes Referat über „Grenzen der Wohnungswirtschaft“ gehalten, das den baldigen Abbau der Zwangswirtschaft forderte. Der schärfste Protest der Mieterbewegung wurde dadurch ausgelöst. Die Entgegnung ist darauf zurückzuführen, daß der Vorstand des Verbandes und die meisten brillianten Kammerherrn sind Anhänger der freien Wirtschaft im Wohnungswesen sind. Angesichts dessen braucht man sich gar nicht zu wundern, daß von den meisten Ministern vorwiegend im Sinne der Hausararier eingeschrieben wird. Der Kongress verurteilte, die Gesetzgebung einseitig im Interesse des Haus- und Grundbesitzes zu beeinflussen. Aufgabe der Mieterschaft muß es sein, dazu beizutragen, daß bei künftigen Tagungen mehr Einfluß auf alle einschlägigen Gesetzgebungen gewonnen werden kann. Denn die Mieterschaftgesetzgebung muß noch ausgebaut werden.

Neue Postgebühren ab 1. Oktober. Innerhalb des Gebiets der deutschen Reichspost beträgt ab 1. Oktober das Porto im Ortsverkehr und Fernverkehr für Postkarten 1,50 bzw. 3 M.; Briefe bis 20 g 2 bzw. 6 M.; über 20—100 g 4 bzw. 8 M.; über 100—250 g 6 bzw. 10 M.; Drucksachen bis 20 g 1 M., über 20—50 g 1,50 M., über 50—100 g 3 M., über 100—250 g 6 M., über 250 bis 500 g 8 M., über 500—1000 g 10 M.; Geschäfts-papiere und Mitteilungen bis 250 g 6 M., über 250—500 g 8 M., über 500—1000 g 10 M., Päckchen bis 1 kg 12 M.; Pakete bis 5 kg Max. 30 M., Fernzone 80 M., über 5—20 kg Max. 40—140 M., Fernzone 120—360 M.; Postkutscheneinladung bis 100 Mark 3 M., über 100—500 M. 5 M., über 500—1000 Mark 6 M., über 1000—2000 M. 8—12 M.; Postanweisungen bis 100 M. 6 M., über 100—5000 M. 10—20 M. Für nicht zureichend frankierte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Briefbetrags, mindestens aber 50 Pf. nachgehoben. Nicht freigelegte Drucksachen, Geschäfts-papiere und Warenproben werden nicht befördert, unzureichend frankierte mit Straporto belegt.

Ablehnung des Umsturzgesetzes in der Schweiz. Durch Volksabstimmung wurde das Gesetz betreffend Abänderung des Bundesstrafrechts in bezug auf Verbrechen gegen die verfassungsmäßige Ordnung und die innere Sicherheit mit rund 374000 gegen 300100 Stimmen abgelehnt. Neben Sozialdemokraten stimmten auch weite bürgerliche und radikale Kreise sowie viele Landwirte dagegen, die eine Beeinträchtigung ihrer traditionellen persönlichen Freiheitsrechte befürchteten.

Chinesisch auf der Linotype. Das Altesienrecht China befindet sich ebenfalls in einem Zustande gewaltiger poli-

tischer, sozialer und wissenschaftlicher Umwälzungen. Hand in Hand damit geht eine zeitgemäße Schulreform. In der neuen, jetzt staatlichen Schule wird auch eine neue Schrift, die sogenannte nationale phonetische Schrift mit großem Nachdruck eingeführt. Was hat nämlich die Schmalzschneiderei nicht alles getan. Nach einer Mitteilung des „Linotype Record“ in London zu schließen, trifft man bereits Vorbereitungen für die Einführung von Linotypematrizen mit der phonetischen Schrift. Ihre 43 Schriftzeichen lassen sich bequem im Magazin der Linotype unterbringen. Nach einem andern Berichte hat das Alphabet 39 Schriftzeichen, die meistens der alten Schriftsprache entnommen sind. Der Satz aus aller chinesischer Schrift galt von jeher als eine für den Schriftsetzer wenig geeignete, jedenfalls außerordentlich mühsame Arbeit, weil die alle chinesische Schrift nicht aus Einzelbuchstaben, sondern aus etwa 40000 verschiedenen Wortbildern besteht, aus einer großen Zahl von Wurzeln entstanden bzw. zusammengesetzt sind. Was das bedeutet, weiß jeder Kollege, der die als „Sichus“ bezeichnete chinesische Weltstellung in der Rechtsdruckerlei kennt. Die Schriftzeichen sind in einer größeren Anzahl Stechzylinder untergebracht, die zum Setzen nebeneinander aufgestellt werden. Der Satz legt einen ziemlich Grad von Verständnis für die chinesische Sprache voraus und ist infolge des vielen Sins- und Herwanderns sehr zeitraubend.

Wiederaufbau und Arbeiterschaft. Ein neues deutsch-französisches Wiederaufbaaabkommen zwischen dem Alltagskomitee der zerstörten Gebiete und dem Verbande sozialer Baubetriebe (Stb Berlin) soll Anfang Oktober zum Abschluß gebracht werden. Es kommt ein Leistungs- und Lieferungsabkommen in Betracht, das die in der Öffentlichkeit beider Länder kräftigsten Schwächen des Abkommens Sinnlosüberlast beilegt und unter Ausschaltung privaten Gewinnstrebens sich in erster Linie auf die Interessen der Geschädigten Nordfrankreichs und die Interessen des Deutschen Reiches stützt.

Das Zeitungspapier aus Schell und Rohr. Trotz erschlaffender Nachrichten, daß die Gewinnung von Schell und Rohr zur Erzeugung von Papier sich nicht auszahlt macht, sind die Muldenwerke in Großenhain in Sachen dazu übergegangen, die günstigen Erfahrungen, die sie mit der Verarbeitung von Hydrophyten (Schell und Rohr) in ihren alten Werken in Mulden b. Trebitz machen, eine Hydrophyten-Zellulosegroßanlage in Großenhain i. Sa. mit einer täglichen Leistung von etwa 50- bis 60000 Kilo zu errichten. Diese Anlage, die auf dem Prinzipien der modernsten Technik der Zelluloseerzeugung aufgebaut ist, geht der Vollendung entgegen und wird eine Papp-, Karton- und Papierfabrik umfassen.

Literarisches

„Die Reichsministerliche Anordnung.“ Das Protokoll über die Beschlüsse vom 17. und 18. Juli b. B. in Frankfurt. Es enthält mehrere interessante Angaben über den Anteil der Jugendlichen in den einzelnen Verbänden. Namentlich wird über das Referat von H. Mühlner (Berlin), das eine Begründung und die notwendigen Änderungen der Gewerkschaftsstatuten, berichtet. Im Zusammenhang damit stehen die Ausführungen des Ingenieurs U. Grieblich über „Gewerkschaften“, die aufzeigen, was auf dem Gebiete der Berufsausbildung noch zu leisten ist. Die weiteren Verhandlungen der Konferenz über ein gemeinschaftliches Jugendprogramm, bellische Jugendarbeiten und deren Aussehen werden im Leben von Interesse sein, der für die Jugend tätig ist. Das Protokoll findet im Buchhandel 14 M., durch die gewerkschaftlichen Organisationen für die Mitglieder zu Vorzugspreisen. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin SO 16, Engelauer 24 IV.

Stierbeizafei

In Alet am 31. Juli der Buchdrucker Friedrich Glincke aus Charlottenburg, 86 Jahre alt — Herzschlag.
In Alet am 8. August der Seher Peter Wilschick aus Sondersdorf, 61 Jahre alt — Herzschlag.
In Alet am 12. August der Buchdruckermeister Joseph Wags, 62 Jahre alt — Herzschlag.
In Alet am 18. August der Peter Dappen von dort, 20 Jahre alt — Unglücksfall (Streichen).
In Alet am 18. August der Buchdrucker Hans Wiber.
In Weipzig am 12. August der Drucker Herbert Rahlall aus Leipzig, 23 Jahre alt — Unglücksfall; am 17. August der Seher Reinhold Vollmann aus Weipzig, 80 Jahre alt — Magenkrebs; am 21. August der Drucker Moritz Schnabel aus U. Weipzig, 59 Jahre alt — Schlaganfall; am 28. August der Seher Bernhard Niemann aus U. Weipzig, 46 Jahre alt — Bauchwasserleucht; am 29. August der Seher Karl Koch aus U. Weipzig, 23 Jahre alt — Unglücksfall.
In Weipzig am 31. August der Buchdrucker Paul Greifer, 68 Jahre alt.
In Weipzig am 29. Juli der Seher Reinhold Glöck von dort, 27 Jahre alt.
In Weipzig am 20. August der Seher Gustav Selner, 23 Jahre alt.
In Weipzig am 20. August der Maschinenleber Wilhelm Cronen, 40 Jahre alt — Unglücksfall.
In Weipzig am 2. September der Seher Theodor Götze, 52 Jahre alt — Magenkrebs; am selben Tage der Seher Ferdinand Waller, 61 Jahre alt.
In Weipzig am 17. August der Drucker Karl Koch, 23 Jahre alt — Schlaganfall.
In Weipzig am 17. August der Buchdruckermeister Dr. Hans Schneider, 51 Jahre alt.
In Weipzig am 17. August der Buchdrucker Lorenz Saller aus Weipzig, 61 Jahre alt.
In Weipzig am 24. August der Seher Gustav Ulrich aus Scharlau bei Weipzig, 50 Jahre alt.

Wichtiges.
P. I. C. in Nr. 107: Ihre Anstaltsbesuch bringt uns zur Ablehnung, weil letzten Endes die Reaktion doch die Verantwortlichkeit zu tragen hat. — P. I. C. in Nr. 107: Die betreffende Notiz wurde uns vom Zeit-

amte selbst zur Veröffentlichung überhand. — A. N. in G.: Aufnahme in gewöhnliche Nummer nicht möglich; außerdem haben wir große Bedenken, solche Briefe vorzunehmen zu veröffentlichen, die mal mit der Ansicht sind, daß in solchen Fällen die Öffentlichkeit bei Redaktionen wie Verleumdungen gleich groß sein sollte. — A. N. in D.: Wird angenommen. — Besondere des Mitarbeiterverbandes in D.: Zur Kenntnis genommen. — G. D. in B.: Kommt nächste Woche an die Reihe, d. h. nach den Verhandlungen in Leipzig.

Verbandsnachrichten

Verbandsanrede: Berlin SW 29, Chammisplatz 5 II, Fernsprecher: Emil Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachungen

Eintragung der angerechneten Beitragsbeiträge und der außerberuflichen Beiträge in das Verbandsquittungsbuch

Die von den Funktionären verbindlich gebundene Eintragung der obengenannten Beiträge in das Verbandsquittungsbuch war Gegenstand einer Aussprache unter den Ausschüßern. Wie sich aus der Aussprache ergab, vermerkt ein Teil der Funktionäre diese Beiträge auf Seite 55, des Quittungsbuchs unter „Nachtrag“, ein anderer Teil auf Seite 39 unter „früher geleistete Beiträge“. Beide Methoden haben sich in der Praxis nicht bewährt, da es wiederholt vorgekommen ist, daß bei der Zusammenrechnung der Beiträge die Beitrags- u. a. Beiträge übersehen wurden. Es wurde nun angerechnet und dem später einmütig zugestimmt, daß die angerechneten Beitragsbeiträge und außerberuflichen Beiträge auf den Seiten 42-44, die nur für die Beitragsquittung bestimmt sind, eingetragen werden sollen. Die Eintragung hätte in der Weise zu geschehen, daß der Wortlaut am Kopfe der betreffenden Seite wie folgt geändert wird:

Inhaber war vom ... bis zum ... Mitglied der Beitragsabteilung, bzw.

Inhaber war vom ... bis zum ... außerberuflich tätig. Dann war es unter der Kopfzeile der Tabelle heißen soll „Verbandsbeiträge“.

Angerechnete Beiträge ... bzw. Außerberufliche Beiträge ...

Bei Ausstellung eines Quittungsbuchs wären dann auf der einen Seite die Beitragsbeiträge bzw. außerberuflichen Beiträge in der angegebenen Art zu quittieren und auf der andern Seite die von dem betreffenden Mitglied in Sonderform geleisteten Beiträge. Wird auf diese Weise verfahren, so ist ein Übersehen der bezeichneten Beiträge unmöglich und Irrtümer, deren Beseitigung mit Zeitverlust und unnützen Vorlaufgaben verbunden sind, werden vermieden. Wir ersuchen deshalb die verehrlichen Funktionäre, nach oben gegebener Anweisung zu verfahren.

Der Verbandsvorstand.

Rückstandsunterführung an reisende Mitglieder des Österreichischen Verbandes

Den auf der Reise befindlichen Mitgliedern des Österreichischen Verbandes ist bis auf Widerruf die Rückstandsunterführung, die für deutsche Mitglieder am 1. Oktober d. J. aufgehoben wird, weiter zu zahlen. Der Verbandsvorstand steht zur Zeit mit dem Vorstand des Österreichischen Verbandes wegen Wiedereinführung der Gegenleistung in der Rückstandsunterführung in Verhandlungen, deren Ergebnis abgewartet werden soll, bevor neue Beschlüsse gefaßt werden. Berlin. Der Verbandsvorstand.

Warnung vor einem Schwindler

Amfang August ist dem auf der Reise befindlichen Seherkollegen Will. Wolfberger aus Breslau (Hauptbuchnummer 57172) sein Quittungsbuch nebst Reiselegitimation gestohlen worden. Er erhielt ein neues Buch ausgefertigt, das die Buchnummer „6222 Schließen“ trägt. Wie sich bei der Kontrolle der Reiselegitimation herausstellte, reißt der Dieb mit dem entwendeten Buch umher und erhebt auf allen Stationen Rückstandsunterführung, die ihm ohne Bedenken ausgezahlt wird, obwohl der Verlust des Buches am 15. August im „Korr.“ veröffentlicht wurde! Das gestohlene Buch mit der Buchnummer „6222 Schließen“ ist beim Vorzeigen sofort abzunehmen und der Hauptverwaltung zuzuführen. Dieses Vorkommnis veranlaßt uns zu der erneuten Mahnung an die Reiseleiter, die Nachfragen im „Korr.“ aufmerksam zu verfolgen. Bei etwas größerer Aufmerksamkeit wäre es nicht möglich gewesen, daß auf ein gestohlenen Buch Unterführung gezahlt wird. Berlin. Die Hauptverwaltung.

nummer „6126 Schließen“ ist beim Vorzeigen sofort abzunehmen und der Hauptverwaltung zuzuführen. Dieses Vorkommnis veranlaßt uns zu der erneuten Mahnung an die Reiseleiter, die Nachfragen im „Korr.“ aufmerksam zu verfolgen. Bei etwas größerer Aufmerksamkeit wäre es nicht möglich gewesen, daß auf ein gestohlenen Buch Unterführung gezahlt wird. Berlin. Die Hauptverwaltung.

Gau Opreußen. In Anbetracht der gesteigerten Unkosten, hervorgerufen durch die verteuerten wirtschaftlichen Verhältnisse, hat sich der Gauvorstand veranlaßt gesehen, den Gaubeitrag von 3 M. auf 5 M. zu erhöhen. Erstmals wird dieser erhöhte Gaubeitrag in der Woche vom 1. bis 7. Oktober erhoben. Den Beiträge- und Ortsvorständen ist ein besonderes Rundschreiben in dieser Sache zugegangen.

Andershad. Der Seher Fritz Keller (Hauptbuchnummer 115817), welcher angeblich nach Leipzig reisen wollte, wird erkrankt, sein letzten Beitrag (30,50 M.), welcher im Verbandsbuch schon quittiert ist, an den Kassierer Richard Seiler, Eßberggasse 1, einzulenden. Die Herren Funktionäre wollen ihn darauf aufmerksam machen, eventuell den Betrag von der Arbeitslosenunterstützung in Abrechnung bringen.

Adressenveränderung

Düffeldorf. (Bezirk und Ort.) Alle Zuschriften sind vom 26. September bis 14. Oktober an den zweiten Vorsitzenden J. Müllers, Mühlstraße 11, zu richten.

(Schiedsgerichtsbezirk.) Die Geschäfte des Schiedsvorstandes am hiesigen Schiedsgericht führt für die Zeit vom 26. September bis 14. Oktober Kollege G. Ulrichs, Stromstraße 3. (Frankfurt a. d. O.) Vorsitzender: August Lechner, Or. Bruchstraße 2.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beige/rote Adresse): Am Gau Leipzig die Seher I. Kurt Sacke, geb. in Weimar 1905, ausgl. in Rembach (Rhin) 1922; 2. Edward Ulmer, geb. in Kronfeld (Rhin) 1883, ausgl. in Neilsdorf (Rhin) 1901; 3. Hermann Weidenauer, geb. in Bam. 1903, ausgl. dal. 1921; waren noch nicht Mitglieder: 4. Max Barth, geb. in Nordorf 1898, ausgl. dal. 1916; Alfred Würth, geb. in Leipzig 1899, ausgl. dal. 1917; 6. Franz Käufer, geb. in Ravensburg 1900, ausgl. dal. 1918; 7. Stanislaus Klemenz, geb. in Darmstadt 1901, ausgl. in Reife in Oberfeld, 1920; 8. Oskar Singer, geb. in Auerbach i. V. 1872, ausgl. dal. 1889; die Drucker 9. Walter Gau, geb. in Weimar 1882, ausgl. dal. 1900; 10. Paul Gohl, geb. in Leipzig 1898, ausgl. dal. 1917; 11. Albert Sieb, geb. in Leipzig-Gohlis 1879, ausgl. in Leipzig 1897; waren schon Mitglieder. — E. Kesselbach in Leipzig, Brühlstraße 9 I.

Berichtungs-Kalender

Dresden. Korrekturenversammlung heute Sonnabend, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Kaulbachhof“, Kaulbachstraße 23.
Hohenstein-Ernstthal, Hohenstein-Ernstthal, Engas, Oberlungwitz, Oelsig, Stolberg. Unterbezirksversammlung Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in Stolberg, „Gohlis“.
Treuherren-Veranstaltung Montag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldhölchen“ bei Oelsig.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. H. des Geschäftsleiters Herrn Paul Schliebs

Wiederholter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 31. August 1921.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgehakt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als angenommen.)
I. Kreis, Hannover: Emrich, Wilhelm, G. m. b. H.; Verlagsgenossenschaft Arbeiterpresse, G. m. b. H., Buchdrucker und Verlag.

II. Kreis, Bonn: Bonner Universitätsbuchdrucker Gebr. Scheur (Sugo Edeur); Dallen (Westf.); Buch- und Kunstdrucker „Roland“ (Inb. M. Zolle); Gelsenkirchen: Inbuddrucker, G. m. b. H.; Groß-Südliggort: Hartgenbuch, Peter, & Co., Siemannbuchdruckerei; Hagenhausen: Barmen: Stad. G.-Chrenfeld; Bremer & Sohn; Minden: M. Buchdrucker und Buchbinderei „Meistermarke“, G. m. b. H.
III. Kreis, Buchhändler: Niemann & Brunner. — Frankfurt am Main: Stritt, Gebücker (Josep und Julius Braun); Gelsenstadt: Ehren jun., Gullow.
IV. Kreis, Markgröningen: Kenczes, Solomon. — Tübingen: Gabel & Sigloch (Eugen Gabel und Karl Sigloch).
V. Kreis, Hildesheim: Beckhe, C. S., Buchbinderei (Inhaber Albert Hoffmann). — Nürnberg: Hammer, Hans.
VI. Kreis, Berga a. d. Elbe: Engländer, Ernst, Aktiengesellschaft.
VII. Kreis, Alverbach i. Vogl.: Verlagsbuchdrucker Eichhaldt (Inb. Georg Eichhaldt). — Leipzig: Weis, Wlb., Nachf. (Walt. Otto Hienrich).
VIII. Kreis, Berlin: Knehl, Sugo; Meib, Johannes; Runge, Bernhard; Zinger, Frh. — Charlottenburg: Floeder, Otto, Stempelverlag.
IX. Kreis, Breslau: Schleffische Buchdrucker und Verlag Karl Vater. — Ratibor: Gutenberg-Drucker E. d. Solka (Gard. Solka); Kollha, Janab.
X. Kreis, Sülzow: Odenbrack, Hieronymus. — Hamburg: Röder, G. H. & Co. (G. H. Röder und F. Straßmann). — Müritsch, Heinrich, Conla. — Süderbrarup: Appel, Heinrich, Aktiengesellschaft. — Wesselse: Wesselse, L., „Waldhölcher Bole“.
XI. Kreis, Lützenwalde: Müllfeld, Friedrich. — Reppen: Landbuch-West-Ehrenberg (G. V.). — Steffin: Ohlin, Theodor. — Woldenberg (Neumar): Neumärkische Verlagsanstalt, G. m. b. H.

Vertragsgemeinschaft der Buchdrucker im Gebiete der Freien Stadt Danzig

In die Vertragsgemeinschaft aufgenommen ist die Buchdruckeri Gamlowski, Mag. in Praura (Weipr.).

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdrucker sind folgende Firmen:

Kreis I. Buchdrucker S. Comarch (Inb. Ludwig Gsemann) in Dammberg (Elbe). — Buchdrucker Paul Meßner; Kunstverhältnisse Hb. Luermann, G. m. b. H., beide in Dammberg. — Buchdrucker Ferd. Overbeck in Hannover. — Buchdrucker H. Friedrich in Nordern. — Buchdrucker Ehr. Heinrich Waller in Stade.
Kreis II. Buchdrucker H. Schneider in Damm (Elbe). — Buchdrucker Johannes Duhage in Berne i. W. — Buchdrucker Wlg. Forsthoff in Langenberg. — Buchdrucker Joh. Sachnweiger Erben in Schw. (Mosel).
Kreis III. Gullenberg-Druckerei, G. m. b. H., in Bad Homburg v. d. H. — Sanjadrukeri, G. m. b. H.; Buchdrucker Eißler & Hamburg, beide in Frankfurt a. M. — Buchdrucker Wilhelm Schlemming in Kassel. — Buchdrucker Horn & Raurig in Offenbach a. M.
Kreis V. Buchdrucker J. M. Boel in Neumarkt (Opl.).
Kreis VII. Die Buchdruckerin Rudolf Schorpe; Johannes Schorpe; Albert Thoma; sämtlich in Dresden. — Die Buchdruckerin Gustav Bergmann in Sillingen (S.). — M. E. Horn in Kößgenbroda. — Hermann Klippel in Langburkersdorf. — Albert Gindler in Naußgall. — Meltenbach, Riffarth & Co.; Mihl, Morrell, W. G.; Tilsen- und Papierzeile (Inb. Bernhard Dierzgen; Heinrich & Schell; sämtlich in Leipzig. — Arthur Günther in Combach. — G. W. Seeling in Plauen i. V. — Gustav Richter (A. Heinz Nachf.) in Zwida.
Kreis IX. Die Buchdruckerin Benno Uffner in Breslau; Max Rabal (Inb. E. Breffe) in Liegnitz; U. Forzewski in Liegnitz.
Kreis XI. Buchdrucker Ernst Dietrich in Hagenbude (Pommern). — Buchdrucker Carl Krause in Seiffenberg (S.).

Bekanntmachung

Schiedsgerichte betreffend
Bremen. Schiedsvorstand: August Vertram, Bremen, Marktstraße 96 I.
Halberstadt. Schiedsvorstand: Otto Bahn, Halberstadt, Harmoniestraße 54.
Berlin, 11. September 1922.
J. A.: Paul Schliebs, Geschäftsleiter.

schiff, plant und schiffst. etwa 9 M. - Laibe 95,45 M., deutscher Holländer 106,45 M., iml. Coamer Auge, Tafelkäse 109 M., Rimbürger, Karzer und Bauernkäse. Preise frei lebend. Robert Wierling, 23, Hamburg 21.

Illustrationsdrucker

erster Kraft, für nur seinen Katalogdruck bei La Leistung für dauernd von großem

Leipziger industriellen Werk

zu sofortigen Antritt gesucht.
Offerten mit Preisangaben (schonstens unter Nr. 59 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeiten.

Maschinenmeister in mittleren Jahren, perfekt in allen Arbeiten, gute Erfahrungen an Selbstanleger und Frontbogenmaschinen, sucht dauernde Stellung. Off. unter Nr. 62 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeiten.

Stereotypen

Rem in Rund und Flach, gesucht.
Angebote an M. Lehmann, Hamburg, Albe-Strasse 57.

Schriftgießer

mit gründlicher Sachkenntnis für Komplexionsmaschine gesucht.
Cavilli & Co., Weigrab.

Anzeigen- u. Akzidenzsetzer

25 Jahre alt, nur Gedächtnisvolles und Modernes leitet, firm im Komplexions- u. Weichschiff, ler an der Linotype auszeichnen kann, sucht Stellung.
Hans Reimer, Scherwin 1. M., Ouselestraße 8.

Nach Leipzig

sucht sich tüchtiger Akzidenzsetzer, mit modernem Material vertraut, Meister, 29 Jahre alt, ledig, höhere technische Schulbildung, erfahren in Skatulation, zu verändern.
Off. Ang. unter Nr. 71 an d. Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeiten.

Schriftgießer

23 Jahre alt, bewandert in allen Schararten, sucht Stellung, gleich wohnen, Eintritt nach Willen.
Angebote unter Nr. 68 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeiten.

Tüchtiger Formwärtersender Werkseher

sucht zum 15. Oktober od. früher Stell., im l. u. w. Weid., im russisch, Sachm., Angebote unter Nr. 61 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeiten.

Schiffseher

19 Jahre alt, firm in allen Schararten, sucht Stellung, Angebote an A. Nische, Rimpfisch (Schl.), Ring 60.

Schiffseher

ausgebildet an der Chmole, sucht Stellung. Walter Baake, Köpchenbroda-Dresden, Raundorfer Straße 3.

Tüchtiger AKZIDENZSETZER
verheiratet, mit guten Zeugnissen, perfekt in allen vorkommenden Arbeiten, tüchtig u. gewissenhaft, selbstständig arbeitend.
SUCHT STELLUNG
im Buch od. auf Bureau.
Off. Off. und Nr. 63 an d. Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstr. 8, erb.

Jünger Schriftseher

In allen Schararten bewandert, Funktionär der sog. Jugendbewegung, wünscht Stellung, die Auszubildungsmöglichkeit in der Redaktion bietet.
166
Angebote an W. Doelfs, Seegerstraße bei Oberwalde.

Typographseher

A. B., einstweil. U.-B., guter Maschinenehmer, wünscht sich in Leipzig zu verändern.
Offerten erbeiten unter F. W. 53 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Seherstereotypen i. l. Leipzig a. Nordost. sofort Stellung, Angebote unter Nr. 56 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeiten.

Buchdruckmaschinenmeister

25 Jahre alt, (Meister), firm i. Buchdr., sucht sofort Stell., gleich wohn., Ang. u. Nr. 64 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstr. 8.

Maschinenmeister, 21 J. alt, firm in best. Werk- u. Metallarbeiten, sucht dauernd. Angebote an Hans Wülfing, Weichitz in Weßfalen, Werberstraße 47. 154

Galvanoplastiker

und Stereotyp, mit allen Arbeiten vertraut, sucht Stellung.
Offerten unter Nr. 55 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeiten.



Teilzahlung

Kataloge umsonst und portofrei.
Katalog a) Photo-Apparate aller Art
Katalog b) Sammler-Photo-Artikel
Katalog c) Lederwaren aller Art, Koffer, Rucksäcke, Schirme, Reisegepäck, Reisezeuge
Jonass & Co., Berlin P 407
Dalle-Allianco-Strasse 7-10

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterklasse in Leben gerufene

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungs-Vereinsgesellschaft
Hamburg 5.

Bleichmittelkästen

Sandwichkästen aus Eichenholz, enthaltend 5 Bleichmittel, 1 Stahlblech, 1 Kurentenale, 2 Gradierplatten, Schleifstein, Imprägnations-, Durchdringungspapier, Schmirgelleinwand, 2 Gradierplatten. Preis komplett 1400 Mk. franko.
St. Siedl, München 9, Columbusstraße 1.

Mandolinen, Lauten

Harmonikas und jedes andr. Musikinstrument gut u. billig. Preisliste frei. Max Dörfel, Klingenthal i. S. 15.

Am 16. September verchied

im 39. Lebensjahr unter lieber Hölge, der Drucker
165
Karl Landmann
Ehre ihrem Andenken
Das Gesamtpersonal der Firma
Fah & Garbe, Berlin.

Bei Einfindung von kleinen Anzeigen wolle man der Portoverwaltung halber den Betrag gleich mitbringen. Am besten benutzt man unser Postfachkonto Leipzig Nr. 41328 und vermerkt den Text des Inserats auf dem Abschnit.

Die Geschäftsstelle des „Korr.“